

**Internationales
Volksfest
7. Mai, 15–21 Uhr**
Deutsch-Russisches
Museum, Karlshorst



Foto: Jörg Rückmann

Stolpersteine

Mit einem gut besuchten Gottesdienst gedachte die Karlshorster evangelische Kirchengemeinde „Zur frohen Botschaft“ am 13. März der über 400 jüdischen Mitbürger, die einst als geachtete Nachbarn in diesem Stadtteil lebten. Naziterror, Deportation und Krieg haben nur 44 von ihnen überlebt.

So genannte Stolpersteine im Gehweg vor einstigen jüdischen Wohnstätten werden auf Initiative dieser Gemeinde an die deportierten und ermordeten jüdischen Mitbürger erinnern. Auf ihnen sind der Name des einstigen Bewohners, sein Alter, das Jahr der Deportation und der Todesort – Auschwitz oder Theresienstadt – verzeichnet. Die Steine kosten etwa 95 Euro und werden aus Spenden finanziert. Diese nimmt das kleine Gemeindebüro neben dem Kircheneingang gern entgegen. Vier

davon sind in das Pflaster vor einem Haus in der Rheingoldstraße eingelassen (Foto). Der eilige Passant kann sie jedoch leicht übersehen.

Als Atheist hat mich vor allem die von Mitgliedern der Jungen Gemeinde gestaltete Lesung aus antijüdischen kirchlichen Quellen beeindruckt. Sie machte den Gottesdienst zum sehr persönlichen Tag der Befreiung: Diese Schuld nicht zu verdrängen, sondern benennen, annehmen und tätig überwinden zu wollen, damit die Unmenschlichkeit der Ewig-Gestrigen nicht erneut die Oberhand gewinnt, war die über die Kirchengemeinde hinaus gehende Botschaft. Wenn sie mehr als nur Erinnerung und formales Bekenntnis sein will, muss sie sich im aktiven Mittun gegen neonazistische Umtriebe beweisen. *M. Walter*

Tag der Befreiung

von Dr. Gesine Löttsch, MdB

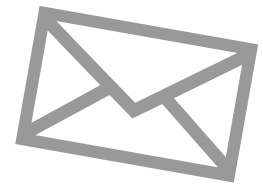
Für mich ist der 8. Mai der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Eine Selbstverständlichkeit, die nicht mehr ausgesprochen werden muss? Aktuelle Ereignisse lehren uns das Gegenteil. Die NPD will am 8. Mai am Brandenburger Tor demonstrieren. Ein breites Bündnis wird mit einem Fest der Demokratie den Platz um das Brandenburger Tor besetzen. Das wird ein Erfolg mit Tausenden Besuchern werden. Wird sich ein ebenso breites Bündnis auch Rechtsextremen entgegenstellen, wenn die wieder durch Köpenick, Hellersdorf oder Lichtenberg marschieren?

Seit geraumer Zeit wird versucht, den Begriff „Befreiung“ umzudeuten. Die Leistungen der Roten Armee bei der Befreiung vom Faschismus sollten in den Hintergrund gedrängt werden. Am 24. Februar reagierte ich auf eine Rede von Ministerpräsident Teufel so: „Sie sprachen vom Bombenhagel auf deutsche Städte und Sie sprachen von ehemaligen Kriegsgegnern, die sich wieder versöhnt hätten. Sie vergaßen allerdings zu erwähnen, dass Nazi-Deutschland einen Weltenbrand gelegt und andere Länder überfallen hat. Darstellungen wie diese tragen zu einer Geschichtsumdeutung bei, der wir uns entgegenstellen. (Beifall der Abgeordneten Petra Pau – Widerspruch bei CDU/CSU.) Wir als PDS sind klar bei Richard von Weizsäcker, der vom 8. Mai 1945 als vom Tag der Befreiung sprach. (Zuruf von der CDU/CSU: „Nichts dazugelernt!“)“ Soweit das Protokoll des Bundestages.

Den Tag der Befreiung gilt es zu verteidigen, nicht nur gegen die NPD.

In dieser Ausgabe

- Kultur im Bezirk (Seite 3)
- Spaziert im alten Lichtenberg (Seite 4)
- Bürgerhaushalt aktuell (Seite 5)
- Eine Eiche klagt an (Seite 5)
- Direkte Demokratie (Seite 6)
- Forum Europa (Seite 7)



Aufmucken gegen Rechts auch in Lichtenberg

[solid] – die sozialistische Jugend hat in enger Kooperation mit den Gewerkschaftsjugendlichen und Stiftungen die Initiative ergriffen, um mit „Aufmucken gegen Rechts – beweg dich, damit sich was bewegt!“ eine antifaschistische Offensive gegen rechte Jugendkultur zu starten.

Im Rahmen dieser Offensive soll über die Hintergründe und Aktionen der Neonazis informiert und praktische Tipps gegeben werden, was wir gegen die neonazistische Hetze tun können.

Auch Lichtenberg ist aktiv dabei. So wurde begonnen, die CD mit Songs gegen Rechts (→ „info links“ 2/04) unter die Leute zu bringen. Namhafte Musiker hatten sich an diesem Projekt beteiligt.

Mehr als 400 Jugendliche aus Lichtenberg besuchten das Konzert „Aufmucken gegen Rechts“ am 18. März 2004 im Jugendklub „Linse“ mit „Hans der Kleingärtner“, „Stakeout“ und „Folksvertretung“.

Auf der Homepage der „Linse“ lautete das Resümee: „Voll und laut und fast zu viele junge Menschen waren am 18.3. in der Linse.“ Ich finde es gut, dass so viele Jugendliche gegen Rechts aufmucken. Der Dank dafür geht an [solid] Lichtenberg, ALKALIJ und den Bezirksverordneten Daniel Tietze für das Engagement zur gelungenen Veranstaltung.

Michael Grunst

■ **Infos:** www.aufmucken-gegen-rechts.de

Sachsenhausen mahnt uns

In einem Aufruf der PDS-Landesvorstände Berlin und Brandenburg zur Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen und seiner Außenlager am 17. April vor 60 Jahren heißt es:

„Sachsenhausen ist ein Mal des Leidens in Brandenburg. Vor 60 Jahren setzten die Armeen und Staaten der Anti-Hitler-Koalition der Herrschaft der Hitler-Faschisten ein Ende. Nach ‚tausend Jahren‘ atmeten Europa und die Welt endlich die Luft der Befreiung. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, endgültige Beseitigung seiner Machtbasis und Ideologie – das waren Geist, Botschaft und Hoffnung jener Zeit. Die in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Verbrechen der Nazis dürfen weder relativiert noch verharmlost werden.“

Zu den Gedenkfeiern vom 15. bis 18. April erwartet das Internationale Sachsenhausen-Komitee Hunderte überlebender Insassen des KZ aus aller Welt.

Die zentralen Ehrungen am 17. April beginnen um 14 Uhr auf dem Gelände der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen.

Um möglichst vielen Überlebenden der Konzentrationslager die Teilnahme an den Gedenkfeiern zu ermöglichen, bittet das Internationale Sachsenhausen-Komitee um Spenden.

M. W.

■ **Spendenkonto:**

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Konto 301 79 07, HypoVereinsbank Oranienburg, BLZ 10020890

Autokorso zum 8. Mai

Die Unabhängige Anlaufstelle für Bürger Hohenschönhausen (UAB) und die Initiative gegen Rechtsextremismus laden zum Autokorso am 8. Mai unter dem Motto: „Befreiung feiern!“ ein.

Alle Teilnehmer treffen sich mit ihren Fahrzeugen um 10 Uhr, Parkplatz Märkische Allee (vor dem Einkaufszentrum Biesdorf, nahe der B1). Der Korso führt über die Straße Alt Friedrichsfelde – mit Zwischenstopp Ecke Rosenfelder Straße um 11 Uhr. Dort soll die Straße Alt Friedrichsfelde symbolisch wieder in „Straße der Befreiung“ rückbenannt werden. Weiter geht es dann durch die Innenstadt bis zum Sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten.

Wer mitmachen möchte, mit eigenem Fahrzeug oder auch als Mitfahrer, bitte unter Telefon 962 10 34 oder per E-mail uab.hsh@gmx.de melden. Jonny Granzow

Zum Tag der Befreiung

- **7. Mai, 14 Uhr**, Deutsch-Russisches Museum, Karlshorst
- **8. Mai, 9 Uhr**, Kranzniederlegung, Stele des Zwangsarbeiterlagers Wuhlheide
- **8. Mai, 9 Uhr**, Erlöserkirche, Nöldnerstraße
- **8. Mai, 10 Uhr**, Gedenkstätte Küstriner Straße, anschließend St. Hedwigs-Friedhof, Konrad-Wolf-Straße

Das Sozialwerk hilft mir

„Seit etwa einem Jahr kann ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ohne Begleitung und Hilfe öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Zu Arztterminen musste ich ein Taxi bestellen, was für mich als Rentnerin eine hohe finanzielle Belastung bedeutete. Zunehmend brauchte ich auch Hilfe, um vom Taxi zum Arzt zu gelangen.“

Deshalb war ich sehr froh, als ich von den Angeboten im Service- und Dienstleistungspool beim Sozialwerk des dfb hörte. Dort kann ich meine notwendigen Arztfahrten zu einem sozial verträglichen Preis vereinbaren. Die Mitarbeiter sind auf uns alte Menschen eingestellt und helfen, wo sie können ...“, schrieb uns Inge Wenzel.

So wie sie bekommen hier viele alte und bedürftige Menschen Hilfe, auf die sie sonst verzichten müssten, weil sie sich kommerzielle Angebote nicht leisten können. Begleitdienste mit dem Fahrzeug, z. B. zum Arzt, und gemeinsame Ausfahrten gehören zu den sehr nachgefragten Diens-

ten. Wir begleiten aber auch ohne Fahrzeug, z. B. zur Kaufhalle um die Ecke oder zum Friseur bzw. auf ein Amt. Der Service- und Dienstleistungspool bietet die Möglichkeit, sich aus der Zeitung oder aus Büchern vorlesen zu lassen. Auch Löcher bohren oder Kleinstreparaturen, die sonst keiner ausführt, können hier in Auftrag gegeben werden.

Montags und donnerstags von 9 bis 12 Uhr nimmt Herr Schott Ihre Anfragen und Aufträge entgegen. Wenn er mal nicht am Telefon ist, können Sie Ihr Anliegen dem Anrufbeantworter mitteilen und werden dann von uns kontaktiert.

Unser komplettes Angebot finden Sie auf dem Werbeblatt des Service- und Dienstleistungspools. Das können Sie unter der Rufnummer 57 79 94 17 bestellen oder gleich einen Gesprächstermin vereinbaren.

Birgit Hartigs

Begleitdienst mit dem Fahrzeug: Hier beim Besuch des Sozio-kulturellen Zentrums Alt-Lichtenberg





Kultur im Bezirk

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Kulturausschusses der BVV, Prof. Dr. Jürgen Hofmann. Die Fragen für „info links“ stellte Inge Junginger.

■ **„info links“:** „Kulturentwicklungsplanung“ ist ein neuer Begriff in der Kommunalpolitik. Übrigens ein scheußliches Wort. Was ist darunter zu verstehen?

■ **Prof. Hofmann:** Entwicklung von Kultur ist ein Prozess. Es hat in Lichtenberg ziemlich gedauert, bis wir die lange geforderte Planung auf den Weg gebracht haben. Altes überlebt sich, Neues entsteht. Wir müssen bei immer knapperen Kassen ein ansprechendes kulturelles Angebot gewährleisten. Darum kann man nicht einfach Vorhandenes erhalten, sondern muss die Strukturen weiterentwickeln und überlegen, was finanziert werden kann.

■ **„info links“:** Ein Beispiel bitte!

■ **Prof. Hofmann:** Vor einigen Jahren haben wir die Struktur der Bibliotheken im Bezirk verändert. Die 17 zum Teil sehr kleinen Einrichtungen wären sonst zu Antiquariaten geworden. Manche waren baulich marode, ihre Bestände zumeist veraltet. Unsere jetzt bestehenden vier Großbibliotheken sind aufs modernste ausgerüstet und leserfreundlich.

■ **„info links“:** Damals gab es erhebliche Befürchtungen, dass vor allem Kinder und Senioren als Leser verschwinden würden, wenn es in der Nachbarschaft keine Bibliothek mehr gibt.

■ **Prof. Hofmann:** Das ist so nicht eingetroffen. Vor allem junge Leser nutzen die modernen Medien. Außerdem gibt es Schulbibliotheken und Bücherstuben bei freien Trägern. Hier können die Bibliotheken mit umfangreichen Dauerleihgaben und fachlicher Beratung helfen. Die Buchbeschaffung wurde ausgelagert und durch Verträge langfristig gesichert. Die Bibliothekare können sich vor allem den Lesern widmen. Mit vielerlei Veranstaltungen sind die Bibliotheken inzwischen zu echten Kulturzentren geworden.

■ **„info links“:** Wie sieht die „Kulturlandschaft“ im Bezirk insgesamt aus?

■ **Prof. Hofmann:** Die Schwerpunkte und Probleme sind in beiden Teilen unterschiedlich. Bedeutende Einrichtungen in kommunaler Verantwortung sind neben den Bibliotheken das Kulturhaus Karlshorst, das Heimatmuseum, vier Galerien und die Musikschule mit zwei Standorten. Das Carrousel-Theater ist ein städtisches Theater, für dessen Erhaltung wir uns eingesetzt haben. Daneben gibt es noch viele Einrichtungen in der Hand von freien Trä-



Foto: Joachim Pampel

gern oder auch in Privathand – wie das Theater Karlshorst.

Wir wollen aber gerade in der Kultur nicht alles privatisieren, sondern die kommunale Verantwortung für wichtige Einrichtungen erhalten. Wir müssen überlegen, wo wir Kulturstandorte brauchen, die vorhandenen Einrichtungen profilieren und miteinander vernetzen: Übersicht über die Angebote haben und dafür sorgen, dass diese auch publik werden. Die erste Form ist der Kulturkalender, den wir jetzt herausgeben.

■ **„info links“:** Gibt es echte kulturelle Glanzpunkte, und wie wirken sie?

■ **Prof. Hofmann:** Da könnte man ins Schwärmen kommen. So ist das Mies-van-der-Rohe-Haus architektonisch und von seiner idyllischen Lage her ein Juwel. Das Angebot mit Vernissagen, Lesungen und musikalischen Veranstaltungen ist reichhaltig. Die „Galerie im Hochhaus“ in der Zingster Straße macht sich um osteuropäische Kultur verdient. Das Kulturhaus Karlshorst ist zwar baulich marode – da müssen in den nächsten Jahren unbedingt Mittel zur Sanierung aufgebracht werden – aber mit seinen vielseitigen Angeboten auf hohem Niveau. Auf dem Zentralfriedhof haben wir eine einmalige Gedenkstätte der deutschen Arbeiterbewegung. Zur Rekonstruktion stehen jetzt 500 000 Euro zur Verfügung. Zur Kulturlandschaft gehört auch der Tierpark.

■ **„info links“:** Können die freien Träger noch finanziert werden?

■ **Prof. Hofmann:** In der Kultur sind freie Träger mit großer Ausstrahlung tätig: Ich nenne nur den Kulturring e.V., BALL e.V. oder die Galerie der GBM. Die knappen Mittel, die wir zur Finanzierung der Kultur im

Bezirk haben, müssen mit Augenmaß vergeben werden. Ein „Förderabo“ kann niemand für sich reklamieren.

■ **„info links“:** Wie können die Bürger an der Gestaltung der Kultur teilnehmen?

■ **Prof. Hofmann:** Da gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten. In allen fünf Mittelbereichen des Großbezirks gab es Kulturgespräche, die auch gut besucht waren und deren Anregungen Beachtung finden. Wir haben im Bezirk einen Kulturbeirat aus Fachleuten, und im Kulturausschuss haben unsere Gäste Rederecht. Manche machen davon regelmäßig Gebrauch. Sich einmischen in die Kulturpolitik des Bezirks – das ist Teil des Konzepts Bürgerkommune.

■ **„info links“:** Eine letzte Frage: Wie sind Sie zur Kommunalpolitik gekommen?

■ **Prof. Hofmann:** Seit zehn Jahren bin ich Bezirksverordneter. In Hohenschönhausen war ich Fraktionsvorsitzender der PDS, nach der Bezirksfusion übernahm ich den Vorsitz im Kulturausschuss. Es ist eine interessante Aufgabe, für die es sich lohnt, seine Kräfte einzusetzen.

PDS hilft bei Hartz-IV

Die PDS bietet weiterhin Rat und Hilfe bei der Beantragung von ALG II sowie beim Kampf mit den Formularen:

■ **Dagmar Krebs:** mittwochs, 11–14 Uhr, Wahlkreisbüro von Dr. Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5, telefonische Anmeldung: 9927 0725

■ **Evelin Pakosta:** donnerstags, 13–18 Uhr, Kiezspinne e.V., Harnack-Straße 25, Telefon 55 48 96 35 und in der PDS-Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14, nach telefonischer Vereinbarung: 5122047

Arbeitslosigkeit im Bezirk

Im März 2005 waren in der Haupt-Agentur Berlin Ost 33 185 Personen arbeitssuchend gemeldet, davon waren 26 645 Personen arbeitslos, 366 mehr als im Vorjahr.

■ 41,4 % der Arbeitslosen sind Frauen

■ 38,5 % sind Langzeitarbeitslose

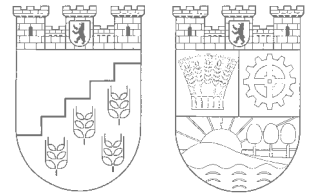
■ 14,8 % sind unter 25 Jahre alt und 23,8 % über 50

■ 4,8 % der Arbeitslosen sind schwerbehindert

■ 7,2 % sind Ausländer.

Die Arbeitslosenquote betrug im März 18,8 % (März 2004 – 18,6 %)

Arbeitsmarktreport der Agentur für Arbeit Berlin Ost, 31.3.2005



Im „alten“ Lichtenberg

Kiezspaziergang mit Lichtenbergs Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS)

Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich am 19. März etwa 30 Bürgerinnen und Bürger Lichtenbergs mit Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich im Kiez zwischen Lichtenberg und Friedrichsfelde.

Vier Bezirksverordnete waren der Einladung gefolgt (drei von der PDS, einer von der SPD), die Stadtteilmanagerin Frau Ulbrich, viele kompetente und viele einfach neugierige Bewohner Lichtenbergs. Diese Gegend ist von Bebauungen aus den Jahren von etwa 1930 bis 1980 geprägt. Viele bekannte Architekten hinterließen uns wunderschöne Wohnanlagen, doch auch Altbauten aus früherer Zeit sind anzutreffen.

In der Diskussion beim Spaziergang ging es um die Gestaltung von Spielplätzen, die lange funktionstüchtig sein müssen und deshalb nicht nur mit Holzgeräten ausgerüstet sein sollten. Am Beispiel des Spielplatzes in der Heinrichstraße wurde der Einsatz von Edelstahl befürwortet.

Die evangelisch freikirchliche Gemeinde sandte ihren Pfarrer Schwarz, der gerade sein Theologiestudium abschloss. Der junge Geistliche gab den Teilnehmern Informationen zur Arbeit in der Kirche Heinrichstraße, zum Taufmodus (nur Taufen von Menschen, die ihren Willen zur Taufe selbst äußern können) und zur Bedeutung der Arbeit mit den Menschen im Kiez.

Ein Historiker erläuterte die Grenze zwischen Lichtenberg und Friedrichsfelde anhand der Straßenschilder Sophienstraße/Bietzkestraße, die genau diese Grenze markieren.

Das Kommandantenhaus Bersarins, bevor es in die Straße Alt-Friedrichsfelde verlegt wurde, ein Schild an einem Haus, das mit Einschusslöchern und einer entsprechen-



den Tafel an die Zerstörungen im 2. Weltkrieg erinnerte, das geschlossene Kino Volkshaus in Alt-Friedrichsfelde, der Lichtenberger Themenbaum am Einbecker Platz, der Hundekot, die Brache in der Einbecker Straße und die auf Sanierung wartenden Kutscherhäuser dort waren Themen, die unterwegs angeschnitten wurden.

Aus den Gesprächen war zu entnehmen, dass die Bewohner eigentlich mit ihrem schon gut sanierten Kiez sehr zufrieden sind. Was ihnen nicht gefällt, äußerten sie im Verlauf des Spaziergangs und im Gespräch zum Abschluss des Rundgangs bei einer Tasse Kaffee im Restaurant des Sportvereins Borussia.

Hier gab Dr. Hennig einen Überblick zu den Aktivitäten des Vereins, wo 40 Mannschaften in 17 Sportarten trainieren und ein wichtiger Beitrag zur Bildung und sinnvollen Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geleistet wird. Der einst so um-

Die Einbecker Straße – Sanierung bitte nicht erst in der nächsten Generation.

strittene erste Kunstrasen im Bezirk Lichtenberg hat beispielsweise gerade eine Erneuerung hinter sich.

Der Seniorensport gewinnt immer mehr an Bedeutung, und der Kindergartensport ist ein wachsender Teil der Arbeit der 80 Übungsleiter. Durch die Übernahme des Fitnesshofs Rummelsburger Straße durch die Wohnungsbaugenossenschaft „Vorwärts“ konnte der Fitnessbereich im Sportverein einen großen Platz einnehmen.

Die Bürgermeisterin nahm Fragen und Anregungen zur Hallennutzung rückgebauter Schulen, zu Nutzungswünschen z. Zt. nicht genutzter Flächen durch den Sportverein, zur Internetseite „Friedrichsfelde.de“ u. a. mit und erläuterte die weitere Nutzung des ehemaligen Friedhofs in der Rummelsburger Straße.

Ingrid Kröning

BVG bleibt unter Druck

Bis Redaktionsschluss lagen weder von der BVG noch aus dem Senat offizielle Stellungnahmen zu den am 4. März übergebenen 1919 Forderungen für „die Wiedereinführung der umsteigefreien Straßenbahnverbindung“ entlang der ehemaligen Linie 27 vor. (→ „info links“ 2/04)

Auf Arbeitsebene allerdings ist Bewegung feststellbar. Während Vertreter der Senatsverwaltung von einer Angst machenden Kreuzungssituation an der Allee der Kosmonauten/Rhinstraße sprachen und in Vorbereitung des Nahverkehrsplanes ein Eingreifen im Sinne des Landes-

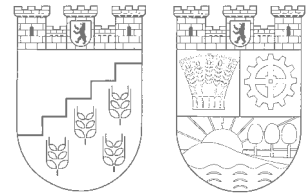
gleichberechtigungsgesetzes erwarteten, zeigte sich BVG-Vertreter Senst im Verkehrsausschuss der BVV am 8. März völlig unbeeindruckt. Ihm rutschte die ebenso vielsagende wie peinliche Bemerkung raus: „Jeder neue Fahrgast erhöht unser Defizit“. Da scheint wohl eher die Senstsche Denkweise defizitär und also einsparbar zu sein.

In diesen Tagen wird eine von der Senatsverwaltung zum Thema beauftragte Verkehrserhebung der BVG erwartet. Für den 12. April ist die „AG Barrierefrei“ bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zusammengerufen worden. Hinter vorgehaltener Hand hieß es schon mal, dass die BVG einen geänderten Leistungsauftrag für

den Fall ins Auge fassen müsse, sie könne dem öffentlichen Druck nicht mehr standhalten. In der Tat: Wenn allein 1919 von 19000 bei der BVG eingegangener Beschwerden Lichtenbergs ehemalige Linie 27 betreffen, scheint insbesondere Herrn Sensts Position unhaltbar, wonach diese als „wirtschaftlich bedingte Interessenlagen“ unberücksichtigt zu bleiben hätten.

Mehr noch: Wenn die zwischen Karlshorst und dem Lichtenberger Zentrum durch die BVG abgehängten Patienten derart diskriminiert werden, ist die Frage einer Subventionskürzung durch den Senat nicht mehr von der Hand zu weisen.

Joachim Pampel



Bürgerhaushalt aktuell

Der Bürgerhaushalt ist ein gemeinsames Projekt der Bürgerinnen und Bürger, der Politik und der Verwaltung von Lichtenberg. Seine Erarbeitung stärkt die kommunale Demokratie. Genau da liegt die Herausforderung: Es muss der Schritt von der Mecker-Demokratie zur Mitmach-Demokratie gewagt werden! Wir alle sind aufgerufen, uns einzumischen, um unseren Haushalt 2007 zu gestalten.

Die Rahmenbedingungen sind gesteckt. Seit Monaten reist unsere Bürgermeisterin Christina Emmrich durch den Bezirk, um das Projekt vorzustellen und Anregungen zu sammeln. Ein Lenkungsgremium und ein Projektteam wurden gegründet, in denen Bürger, Politik und Verwaltung über ein geeignetes Teilnahmeverfahren diskutieren und entscheiden. Es ist das Herzstück des Projektes.

Dabei geht es um eine geeignete Methode für die Bürger, Vorschläge für unser Motto „Besser leben“ in Lichtenberg zu formulieren. Wird es Fragebögen geben? Welche Rolle wird das Internet bekommen, und wie viele Bürgerversammlungen werden wo veranstaltet? Wer wird die vielen Vorschläge aufarbeiten? Und vor allem: Wer wird über diese Vorschläge abstimmen? All diese Fragen müssen geklärt werden. Gern komme ich in Basisorganisationen, Vereine und Initiativen.

Hendrikje Klein, Haushaltspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion in der BVV

■ **Weitere Infos:** Telefon: 0151-12749682, www.partizipativerhaushalt.de oder via E-mail HendrikjeKlein@gmx.de

Eine Eiche klagt an

Mich gab es schon, als von Karlshorst noch keine Rede war. Auch die Erbauer des inzwischen 110 Jahre alten Ortsteils vergriffen sich nicht an mir. Ich trotzte Blitzen und Stürmen, überstand den ersten, den zweiten Weltkrieg und auch die brennstoffarmen Nachkriegsjahre. In meinem Geäst fühlten sich Eichhörnchen und Vögel zu Hause, mein Blätterwerk filterte die Großstadtluft. Einer Kinderkrippe spendete ich Schatten und meine Eicheln zum Basteln.

Erst ein neuer Besitzer kam auf die Idee, sein Eigentum schützen zu müssen – gegen mich, meine Äste, Blätter, Früchte. So hat er mich (und weitere Leidensgenossen) mit der Kettensäge verhunzen lassen – natürlich fachgerecht und mit Genehmigung (siehe Foto). Zwangsverjüngung sozusagen als Beitrag eines zugereisten Schnäppchensjägers zu 110 Jahren Karlshorst. *M. Walter*

Kita-Landschaft umgestaltet

Jedes Kind, dessen Eltern den Wunsch nach Betreuung haben, kann in Lichtenberg auch einen Krippen-, Kindergarten- und Hortplatz bekommen. 70 Prozent der Familien mit ein- bis zehnjährigen Kindern machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS für das Land Berlin wurde das Ziel vorgegeben, bis 2006 so viele Plätze in Kindertagesstätten an freie Träger zu übertragen, dass ein Verhältnis von einem Drittel in kommunaler und zwei Dritteln in freier Trägerschaft entsteht. Dieses Ziel hat Lichtenberg jetzt erreicht. Damit wird den Familien in unserem Bezirk ein größtmögliches Angebot an unterschiedlichen Kitaprofilen garantiert.

Jeder Antrag eines freien Trägers auf Übernahme einer Kita wurde sowohl von Jugendamt und Jugendhilfeausschuss als auch von den Erzieherinnen der betreffenden Einrichtungen gründlich geprüft. Letztendlich waren es jedoch die Eltern, deren Entscheidung alle respektiert haben. Ungefähr zwei Drittel der Erzieherinnen setzen bei freien Trägern ihre Arbeit fort. Die Kinder behalten damit ihre vertrauten Bezugspersonen.

Die neuen Träger haben mit den Eltern und Erzieherinnen die Fortsetzung und den weiteren Ausbau der inhaltlichen Profilierung abgestimmt. Künftige Arbeitsschwerpunkte werden die Qualitätssicherung bei Betreuung und Bildung und die räumliche Ausgestaltung der Einrichtungen sein.

Christian Petermann, jugendpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion in der BVV

Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

■ 3. März

Welche Rolle spielt eigentlich das Landesschulamt – oder wie heißt das jetzt? Die Debatte um die Schulfusion im Bezirk hat gezeigt, dass diese Behörde flüssiger als Wasser, also überflüssig ist. Aus deren Stuben kamen nur die Anregungen, was „einzusparen“ ist. In die örtliche politische und vor allem öffentliche Auseinandersetzung hat sich der Vertreter des Herrn Böger nicht begeben. Das nutzten die SPD-Vertreter Lichtenbergs, um so zu tun, als seien sie die reinsten Heilsbringer für die gestressten Eltern, Lehrer und Schüler.

■ 5. März

Eine frohe Botschaft aus der Senats-Innenverwaltung: Die rechtsextreme Kameradschaft Thor in Lichtenberg wurde verboten, das Eigentum eingezogen und eine Neugründung untersagt. Da können wir aber aufatmen. Aber der Neonazi-Geist ist nicht mehr in der Flasche. Der Plan des Bezirksamtes „Gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus – für Demokratie und Toleranz“ bleibt deshalb aktuell. Seine Ideen und seine Aufforderung zur zivilen Courage, sich gegen die Volksverderber mit der braunen Gesinnung zu wehren, sollten mehr den Alltag bestimmen.

■ 12. März

Lichtenberger Antifaschisten, begleitet von Vertretern der PDS und ihrer Fraktion in der BVV, ehren die 1918 an der Blutmauer in der Möllendorffstraße von der kaisertreuen Soldateska ermordeten Barrikadenkämpfer. Es gab Zeiten, da taten das auch die anderen Parteien. Es gab aber auch Zeiten, da standen eben nicht nur 10 Tapfere da, sondern da brachten es die Basisorganisationen zu einer stattlichen Teilnehmerzahl. Ob das wieder einmal so sein wird?

Eine Luftnummer

Ein bis zu 180 Meter hohes Riesenrad für Lichtenberg wünschte sich die SPD-Fraktion auf der 39. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung. Damit es sich rechnet, müsste es täglich etwa 3000 zahlende Besucher anlocken. Aber wohin mit solchem Ungetüm?

Nun erschließen sich Sinn oder Hintergrund von SPD-Anträgen selten auf den ersten Blick. Hier aber ist wohl alles klar: Künftig könnten SPD-Fraktionstagungen in einer Riesenradgondel stattfinden, damit die Fraktion auch mal den Bezirk und seine Probleme überblicken kann! *-kl-*



Direkte Demokratie

von Peter-Rudolf Zoti

Modellbezirk

Die Anstrengungen Lichtenbergs, die Bezirkspolitik im Sinne einer Bürgerkommune zu profilieren und den Haushalt für 2007 als Bürgerhaushalt aufzustellen, finden inzwischen weit über Berlin hinaus große Aufmerksamkeit. Weil die Landes- und Bezirks-PDS daran besonderen Anteil hat, sind diese Erfahrungen auch deutlich in den Entwurf der Kommunalpolitischen Leitlinien der PDS eingegangen. Sie fanden auf einer Experten-Anhörung (26. Februar in Leipzig) sowie im PDS-Bundesvorstand (14. März) viel Zustimmung. Überall und unter allen Bedingungen soll – das ist die Hauptbotschaft der Leitlinien – das zentrale Markenzeichen der PDS-Kommunalpolitik sein, dass sie sich immer zuerst für zivilgesellschaftliche Selbstentfaltung, für direkte Demokratie und demokratische Teilhabe sowie für bürgerorientierte Verwaltungsdienstleistungen engagiert.

Der Entwurf der Leitlinien (www.pds-kommunalpolitik.de) wird in den nächsten Wochen bundesweit intensiv beraten, und überall – auf der Kommunalpolitischen Konferenz in Köln (Ende April), der Kommunalpolitischen Jugendkonferenz in Parchim (Ende Mai), auf den bundesweit geplanten Regionalberatungen (bis September) – gilt der konkreten Entwicklung in Lichtenberg besonderes Augenmerk. Auf dem PDS-Parteitag in Halle/Saale im November 2005 sollen die Leitlinien beschlossen werden.

Direkte Demokratie

Vor Jahren hatte die PDS bereits einen Gesetzesentwurf zur Ermöglichung bezirklicher Bürgerentscheide in Berlin initiiert. Jetzt sind zwei Gesetze herausgekommen, die – außer von der CDU – von allen Fraktionen des Abgeordnetenhauses getragen werden.

Neu und weit reichend werden die Informations- und Beteiligungsrechte von BVV-Mitgliedern und vor allem der Bevölkerung geregelt. Direkte Demokratie kann sich auf deutlich erweiterte Sachverhalte beziehen, für die die BVV jetzt die ausschließliche Zuständigkeit haben. Es gibt keine gesonderten Ausschlussgründe, es gibt keine gesonderten Zustimmungsquoren (die einfache Mehrheit entscheidet), und auch die Beteiligungsquoren sind moderat: Wenn es ein Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner ab dem 14. Lebensjahr wünschen,

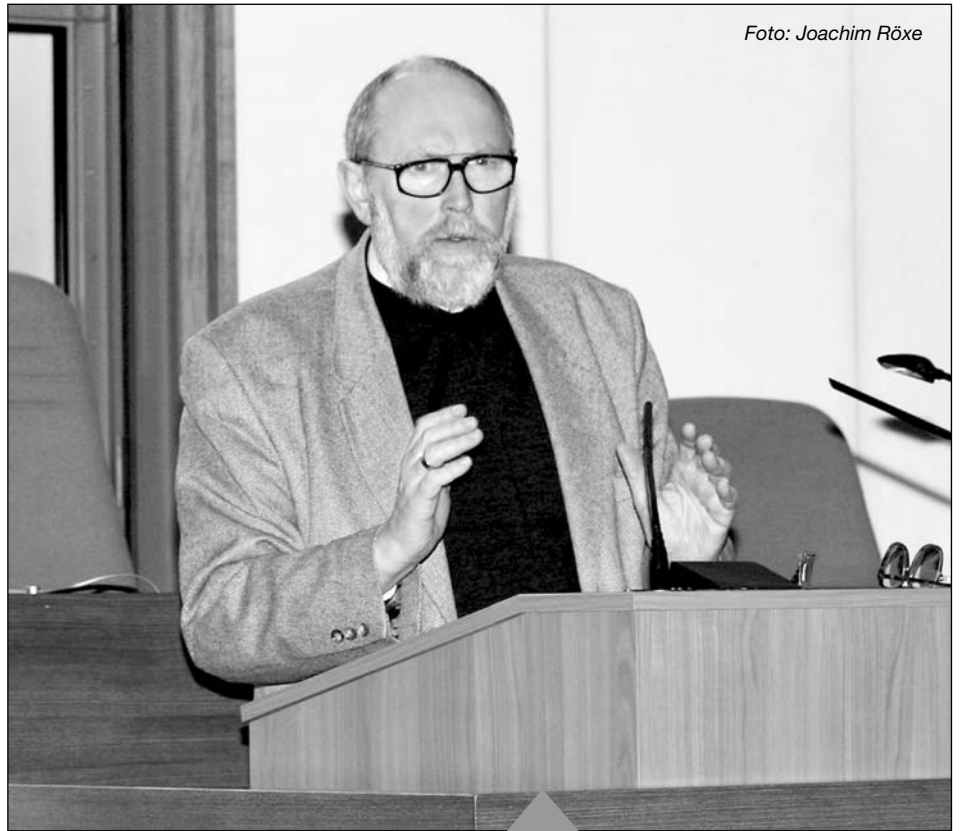


Foto: Joachim Röxe

muss sich die BVV mit einem bestimmten Problem befassen. Wenn sich 3 Prozent der Wahlberechtigten in einem Bürgerbegehren für die Durchführung eines Bürgerentscheides aussprechen, muss dieser stattfinden. Ein Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn 15 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben und sich die einfache Mehrheit dafür entschieden hat.

Wir haben also deutliche Zeichen gesetzt, dass wir direkte Demokratie – ebenso wie die Teilhabe im Rahmen der Bürgerhaushalte – ausdrücklich wollen. Deshalb will die rot-rote Koalition auch noch bis zur nächsten Wahl das kommunale Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen sowie eine deutliche Erleichterung direkter Demokratie auf der Landesebene ermöglichen.

Geschürte Ängste

Vor allem die CDU und die IHK, aber auch einige örtliche SPD-Gliederungen malen wegen dieses Gesetzesprojektes Horror-szenarien an die Wand. Jetzt werde alles blockiert, keine Investition käme mehr zustande, die Kosten für die direkte Demokratie würden ins Unermessliche steigen.

Doch dagegen steht, dass es in allen Bundesländern – außer eben noch in Berlin – schon lange diese Formen direkter Demokratie gibt. In Bayern und Hamburg, die an der Spitze der Investitionen stehen, sind

Kommunalpolitisches Hearing in Leipzig am 26. Februar 2005: Peter-Rudolf Zoti stellt im Rathaus den Entwurf der Kommunalpolitischen Leitlinien der PDS vor.

die Quoren sogar noch moderater, als es in Berlin durchzusetzen möglich war. Und Berlin, wo das Volk bislang Investitionen noch gar nicht „stören darf“, müsste nach dieser Logik an der Spitze liegen. Es ist aber genau umgekehrt, weil es zwischen der Investitionstätigkeit und der direkten Demokratie eben keinerlei Zusammenhang gibt.

Die bei Bürgerentscheiden gesetzlich festgeschriebene Information für jeden Haushalt muss auch nicht über mehrere hunderttausend Euro teure Hochglanzbrochüren erfolgen, sondern könnte z. B. über ganzseitige Zeitungsannoncen, die einige tausend Euro kosten, oder über das kostenlose „berlin.de“ organisiert werden.

Zuzustimmen ist unserer Lichtenberger Bürgermeisterin Christina Emmrich (PDS): Sie sieht in dem neuen Gesetz eine Herausforderung, in der täglichen Politik noch enger und noch rechtzeitiger mit der Bevölkerung zu dialogisieren, mit ihr Alternativen abzu prüfen und sie in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Dann hat es in der Regel niemand nötig, mangelnde Transparenz und Bürgernähe durch direkte Demokratie „nachzuholen“.

Glaubwürdig bleiben

von Sahra Wagenknecht, Mitglied des Europäischen Parlaments

Am 12. Mai wird der Bundestag über das „Zustimmungsgesetz“ zum europäischen Verfassungsvertrag abstimmen. Hierfür ist eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Die wird sicher zustande kommen: Die ganz große Koalition aller Bundestagsfraktionen hat sich entschieden, ohne große öffentliche Diskussion einfach zu zustimmen.

Der Verfassungsvertrag selbst sieht vor, dass er am 1. November 2006 in Kraft tritt, wenn bis dahin alle Mitgliedstaaten zugestimmt und die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. Es wäre also genügend Zeit, sich ausführlich mit dem umfang- und folgenreichen Vertragswerk auseinanderzusetzen. Grund für die von der Sache her nicht gebotene Hast: Am 29. Mai findet in Frankreich eine Volksabstimmung über den Vertrag statt. Die soll durch eine vorherige Zustimmung des deutschen Parlaments im Sinne eines „Ja“ beeinflusst werden.

Das Vorgehen der etablierten Parteien zeigt, wie ernst sie Demokratie nehmen: Erst verwehren sie der eigenen Bevölkerung, selbst über einschneidende Veränderungen abzustimmen. Dann versuchen sie, die Willensbildung in einem Nachbarland zu manipulieren.

Mit der Abstimmung im Bundestag ist die parlamentarische Zustimmung aber noch nicht erfolgt. Auch der Bundesrat muss zustimmen, mit derselben Mehrheit. Ihr Zustandekommen steht ohne jeden Zweifel schon jetzt fest, auch ohne die Stimmen der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Der 9. Parteitag der PDS hat im Oktober 2004 mit großer Mehrheit beschlossen, den Verfassungsvertrag abzulehnen. Dafür wurden wichtige Gründe benannt. Die beiden wichtigsten: Durch die Realisierung des Vertrags findet eine weitere Militarisierung der EU statt. Weltweite militärische Interventionen, eine Verpflichtung zur Aufrüstung und eine „Europäische Verteidigungsagentur“ zu deren Umsetzung sind vorgesehen. Im Vertrag wird ferner die neoliberale Wirtschaftskonzeption mit dem „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ gleichsam in den Rang eines Verfassungsprinzips erhoben. Das widerspricht dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ebenso wie unseren programmatischen Vorstellungen von einer sozial gerechten Gesellschaft.

Ich selbst möchte einen Grund für ein „Nein“ im Bundesrat hinzufügen: Der Verfassungsvertrag enthält die Bestimmung:

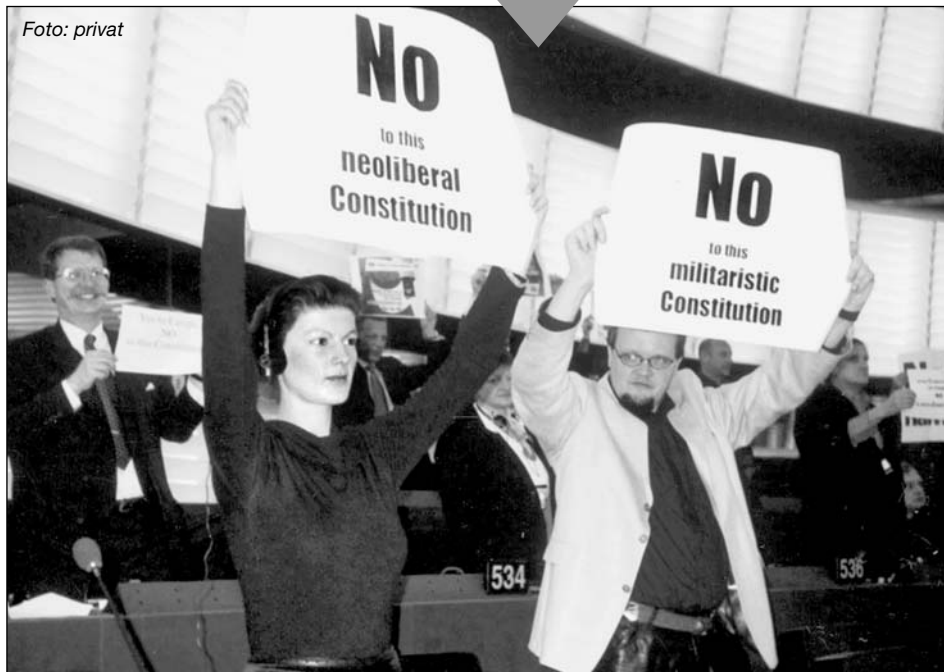
„Die Verfassung und das von den Organen der Union in Ausübung der der Union übertragenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten.“ Damit bliebe dem Grundgesetz nur ein „drittklassiger Platz“, wie es der Staatsrechtler Hans Heinrich Rupp in der „Süddeutschen Zeitung“ am 25. Februar formuliert hat. Eine solche Herabstufung erforderte aber mehr als eine durch Bundestag und Bundesrat zu beschließende Verfassungsänderung. Die Etablierung einer im Ergebnis völlig neuen Verfassungsordnung müsste nach Artikel 146 des Grundgesetzes „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen werden“.

Unser Parteitag hat gefordert, in den Landesregierungen, an denen die PDS beteiligt ist, „ein Votum für eine Volksabstim-

mung und gegen den Verfassungsvertrag zu erreichen“. Da die SPD in den beiden Ländern, in denen die PDS an der Regierung beteiligt ist, dem Verfassungsvertrag zustimmen will, gelten die üblichen Klauseln in Koalitionsverträgen: Bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten müssen sich die Bundesratsvertreter der Stimme enthalten. Das ist keine Frage von Koalitionsbruch, sondern der Einhaltung des jeweiligen Koalitionsabkommens.

Ich hoffe sehr, dass das so umgesetzt wird. Das ist eine Frage der inhaltlichen Glaubwürdigkeit unserer Partei. Und eine Frage danach, ob wir in einer Koalition ernst genommen werden wollen.

Sahra Wagenknecht sagt: „Nein zu dieser neoliberalen Verfassung.“



Ladet uns ein!

Gern kommen wir zu aktuellen Fragen der Gesellschaftspolitik sowie der PDS in Basisorganisationen, Vereine und Initiativen. Einfach anrufen!

So sind wir zu erreichen:

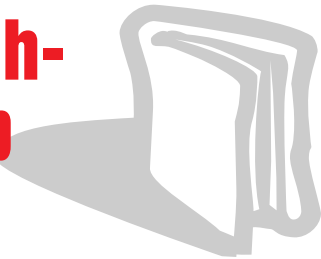
- K. Hopfmann: 23252596 (Abgeordnetenhaus – AGH)
- G. Löttsch, MdB: 2277 1787 (Bundestag), 9927 0725 (Wahlkreisbüro)
- St. Schulze: 23252580 (AGH)
- I. Simon: 23252587 (AGH) oder 7848783 (privat)
- G. Sayan: 23252597 (AGH)
- P. Zotl: 23252553 (AGH), 92408766 (privat) oder 0151-15602356 (Handy)

Unsere Sprechstunden

- **K. Hopfmann:** 25.4., 16 Uhr, Bürgerinitiative, Liebenwalder Straße 18
- **G. Löttsch, MdB:** 12.4., 17 Uhr, Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Str. 5
- **St. Schulze:** 18.4., 17 Uhr, „Kiezspinne“, Harnackstraße 25, sowie 3.5., 16 Uhr, Rathaus Lichtenberg
- **I. Simon:** 27.4., 17 Uhr, Wahlkreisbüro
- **G. Sayan:** 2.5., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin B. Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **P. Zotl:** 11.4., AGH, sowie 27.4., Kieztreff, Anna-Ebermann-Straße 26, jeweils 17 Uhr



Buch-Tipp



Demokratischer Abbruch

Ein neues Buch von Daniela Dahn ist immer der Aufmerksamkeit wert. Denn sie steht in der „Tradition des kritischen Denkens, der Zivilcourage“, wie Jorge Semprun in seiner Laudatio zur Verleihung des Ludwig-Börne-Preises am 6. Juni 2004 sagte.

Ihr neuestes Büchlein enthält Reden und Aufsätze aus den Jahren 2003 und 2004. Einige davon waren bereits in der Presse veröffentlicht.

Mit Trümmern und Tabus setzt sie sich auseinander. Stellvertretend seien hier einige Beiträge genannt. Der Titelessay, Günter Gaus gewidmet, beschäftigt sich

mit dem „Event“, zu dem das politische System verkommen ist, nachdem die Macht an Weltbank und WHO abgegeben wurde. Historisch klug argumentiert Daniela Dahn in dem Artikel „Da liegt kein Segen drauf“ gegen das geplante „Zentrum gegen Vertreibung“. „Gewinnansprüche als heilige Kuh“ ist eine Rede vor Berliner Studenten zum Bankenskandal, sehr kritisch zur Senatspolitik in dieser Sache.

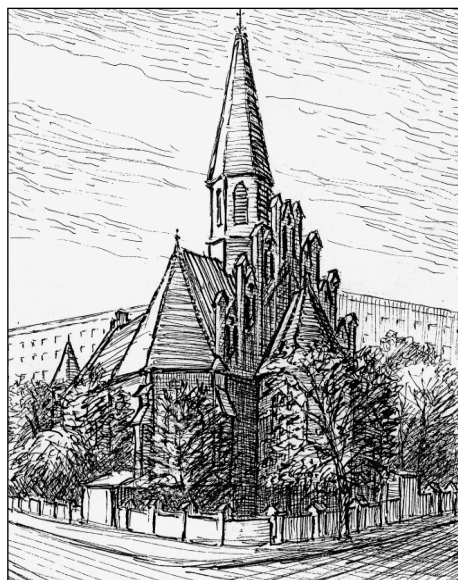
Es ist eine kritische Bestandsaufnahme des Umgangs mit Recht und Demokratie, mit Militarisierung und Globalisierung in diesem Land. Und sie weist auf die Bedeutung der sozialen Bewegungen hin, die – international vernetzt und handlungsfähig – einen globalen Sozialvertrag einfordern könnten. „Erstmals wird die Demokratie auch die Wirtschaft ergreifen müssen“, folgert sie. *Inge Junginger*

■ Daniela Dahn: „**Demokratischer Abbruch. Von Trümmern und Tabus**“, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg, März 2005. 160 Seiten, 7,90 €, ISBN 3-499-61973-3

Mit dem Skizzenblock durch Lichtenberg

Die Zeichnung zeigt die katholische Pfarrkirche St. Mauritius. Sie wurde vom Lichtenberger Freizeitskizzenkünstler Wolfgang A. E. Neumann vor Ort im Freien geschaffen. Der fleißige Zeichner hat inzwischen über einhundert Motive aus unserem Bezirk und weitere aus dem „Rest von Berlin“ aufs Papier gebannt. Einige davon wird „info links“ den Lesern vorstellen. Die Redaktion bedankt sich bei Herrn Neumann, dass er uns seine Arbeiten ohne Veröffentlichungshonorar zur Verfügung gestellt hat. Die Zeichnungen des Künstlers kann man unter der Rufnummer 511 06 01 käuflich erwerben.

Vielleicht regt es auch Sie an, uns Ihre Fotos oder Zeichnungen aus dem Bezirk zur Veröffentlichung anzubieten.



Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 31.3.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 4/2005:
13.4. und 27.4.2004, jeweils 14 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 4/05: 25.4.2005
Die nächste Ausgabe erscheint am 4.5.2005.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 9.4., 9–12 Uhr**
Frühjahrsputz in Karlshorst; Treffpunkt S-Bhf. Karlshorst, anschließend „Dankeschön-Party“ im „Gundelfinger“
- **Freitag, 15.4., 19.30 Uhr**
„So viele Träume“, Buchlesung mit Lothar Bisky; Aula der Fritz-Reuter-Oberschule, Prendener Straße 29
- **Sonnabend, 16.4., 10 Uhr**
Kiezspaziergang Karlshorst mit Bürgermeisterin Christina Emmrich; Treffpunkt S-Bhf. Karlshorst
- **Sonntag, 17.4., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Brauchen wir Wirtschaftswachstum?“ mit den Professoren Hans-J. Braune, Eugen Faude und Harry Nick
- **Montag, 18.4., 19 Uhr**
„Die PDS in Regierungsverantwortung“, Mitgliederversammlung mit Dr. Steffi Schulze; Fritz-Reuter-Oberschule, Prendener Straße 29
- **Mittwoch, 20.4., 17 Uhr**
Tagung der BVV, ab 16.30 Uhr Bürgerfragestunde; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Freitag/Sonnabend, 22./23.4., jeweils 20 Uhr**
Premiere: „Wohin laufen sie denn? 110 Jahre Karlshorst zwischen Tierpark und Trabrennbahn“; Zimmertheater Karlshorst, Platzreservierung: Tel.: 553 46 16
- **Montag, 25.4., 18 Uhr**
Fraktionstag: „8. Mai – 60. Jahrestag der Befreiung. Ein Gespräch über Bekanntes und Neues“ mit Prof. Jürgen Hofmann. Eingeladen sind die Mitglieder des Bezirksvorstandes sowie die Sprecherratsvorsitzenden und Leiterinnen der Wahlkreisaktive; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag, 26.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 27.4., 18 Uhr**
Eröffnung einer Fotoausstellung der Nachrichtenagentur „Nowosti“ zum 60. Jahrestag der Befreiung, mit dem Botschafter Russlands; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonnabend, 30.4., 10 Uhr**
4. Tagung des 9. Landesparteitages; Energie-Forum am Ostbahnhof
- **Sonnabend, 30.4., ab 10 Uhr**
Sportparkfest und Karlshorster Jubiläumslauf; Sportpark, Zwieseler Straße 50
- **Sonntag, 1.5., 11–18 Uhr**
Maifest Lichtenberg; Falkenberger Chaussee, zwischen Pablo-Picasso- und Vincent-van-Gogh-Straße

(* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14)